

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannidgasse 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 4-6 Uhr.

Kannahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Inserate an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.  
In den Stülen für Inf.-Anzeigen:  
Otto Krumm, Universitätsstr. 22.  
Dankschreiben, Kuchentischstr. 15, p.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 169.

Montag den 18. Juni 1877.

71. Jahrgang.

**Anlage 13,250.**  
Abonnementpreis viertel 47/80,  
incl. Bringerlohn 5 Mk.,  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 30 Pf.  
Belagerungsplan 10 Pf.  
Schulden für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 36 Mk.,  
i. H. Postbefreiung 46 Mk.  
Inserate 4gep. Bourgeois 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellarische  
Sach nach höherem Tarif.  
Kladden unter dem Redactionsstrich  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postwechsel.

## Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discount 4 Prozent, der Lombard-  
Sindfuß 5 Prozent.  
Berlin, den 16. Juni 1877.

Reichsbank-Directorium.

## Bekanntmachung.

Eine hier neu begründete **Rechts-Anwaltskammer** mit dem jährlichen Gehalte von  
**3000 M. und Pensionberechtigung** soll sofort mit einem nach Maßgabe der Bestimmungen  
vom 20. Februar 1867 und 4. Juni 1874 zur Uebernahme eines selbstständigen Richteramtes oder  
zur Ausübung der Advocatur befähigten Juristen besetzt werden und sind Gesuche um dieselbe  
unter Befügung der erforderlichen Zeugnisse längstens bis zum **30. d. Mts.** bei uns einzureichen.  
Leipzig, den 13. Juni 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Eratti.

## Bekanntmachung.

Für die städtischen Volksschulen werden im nächsten Winter ungefähr 4000 Centner Bechstein-  
kohle, 2400 Centner Kalksteinkohle, 12,700 Oestlicher böhmische Füll-Braunkohle und 3000 Oestlicher  
böhmische Stiel-Braunkohle gebraucht. Die Beförderung soll an den Mindestfordernden, mit Vorbehalt  
der Auswahl unter den Bietern, vergeben werden.

Die Gebote sind bis Sonntag den 23. dieses Monats Abends 6 Uhr versiegelt und mit der  
Kassenschrift „Kohlenlieferung für die städtischen Volksschulen“ auf der Schul-Expedition  
(Rathhaus, 2. Etage) einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.  
Leipzig, am 13. Juni 1877.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.  
Dr. Sanig. Vdr.ert.

## Bekanntmachung.

Von den Hinterlassenen des am 27. März d. J. verstorbenen Herrn **Appellationsrathes**  
**Dr. G. Baumgarten** hier ist uns im Sinne des Verstorbenen für das hier zu errichtende  
Siegedenkmal der reiche Beitrag von **dreitausend Mark** übergeben worden.

Indem wir für diese hochherzige und wirksame Förderung unseres Unternehmens den wärmsten  
Dank aussprechen, wollen wir, zugleich um mehrfache und gezielte Landgebungen zu ent-  
sprechen, nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die bisher zusammengebrachten Mittel zur Er-  
richtung des Siegedenkmalts keineswegs den Bedarf vollständig decken, daß also jede patrio-  
tische Gabe zu jenem Zwecke noch hochwillkommen ist und von dem unterzeichneten Comité mit dem  
größten Danke entgegengenommen wird. Wir bitten solche für unser Unternehmen bestimmte Bei-  
träge an die Herren **Bettler & Co.** (Al. Fleischergasse Nr. 5) einzahlen zu wollen.  
Leipzig, den 14. Juni 1877.

Das Comité für Errichtung eines Siegedenkmalts.  
Dr. Georgi, Vorsitzender.

## Bekanntmachung.

Die zur Submission ausgeschriebenen Erd- und Maurer-, Steinmetz-, Eisenconstructions- und  
Zimmerarbeiten des Neubaus der VI. Bürger- und VI. Bezirksschule an der Kruditzstraße sind  
vergeben und ertheilen wir daher die unbedingte Genehmigung den Herren Bieter hiermit ihrer  
Gebote.

Leipzig, den 13. Juni 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wilsch, Sekr.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. Juni.

Prinz Karl von Preußen ist in Ems einge-  
troffen. Die Kaiserin wurde ebenfalls zu einem  
kurzen Besuche erwartet. Der österreichische Bot-  
schafter, Graf Karolyi, ist in Ems angekommen.  
Eine weitere Nachricht aus Ems vom 16. Juni  
meldet: Die Kaiserin traf heute Mittag zu einem  
kurzen Besuche des Kaisers hier ein und legte  
am 2 Uhr nach Koblenz zurück.

Der Verkauf der „Berl. Volkszeitung“  
an Dr. Löwenthal, den Urheber der Agitation  
für die Ausgabens-Befreiung, soll in nächster  
Stunde wieder rückgängig gemacht worden sein.  
Brockhaus wird das Recht für Rechnung der  
Gläubiger fortgeführt.

In Frankreich sind die Kammer noch länger  
geringer Parte als am Sonntag wieder zusammenge-  
treten. Die Krise, in der sich die Republik seit  
dem 16. Mai befindet, geht nun rasch ihrer  
Lösung entgegen; denn die Regierung, welche die  
Opposition der Deputirtenkammer nicht erst ab-  
warten will, trat bereits in der ersten Sitzung  
des Senats auf Auflösung der Kammer  
an. Der Herzog von Broglie verlor im Senat  
folgende Votum: Der Marschall-Präsidenten:  
Nach Art. 5 des Gesetzes, betreffend die Organi-  
sation der öffentlichen Gewalt, hat der Präsi-  
dent das Recht, im Einverständnis mit dem  
Senat die Deputirtenkammer aufzulösen.  
Diese ernste Maßregel scheint mir heute not-  
wendig. Ich ersuche Sie, Ihre Zustimmung  
zu derselben zu geben. Am 16. Mai mußte ich dem  
Landes Rande geben von dem Zwiespalt, welcher  
zwischen der Deputirtenkammer und mir bestand.  
Ich habe constatirt, daß kein Ministerium sich dieser  
Deputirtenkammer gegenüber halten konnte, ohne  
das Bündnis der sozialen Partei zu suchen und  
sich den von ihr gestellten Bedingungen zu unter-  
werfen. Eine Regierung, welche zu solch einem  
Schritte gezwungen ist, ist nicht mehr Herr  
ihrer Handlungen, was auch sonst ihre persönlichen  
Absichten sein mögen. Sie ist gezwungen, den Ab-  
sichten derer zu dienen, deren Unterstützung sie an-  
genommen hat und die Herrschaft dieser vorzu-  
bereiten. Dazu habe ich nicht länger die Hand  
bieten wollen. Wenn zwischen den öffentlichen  
Gewalten ein solcher Zwiespalt besteht, so ist die  
Auflösung der Deputirtenkammer das von der  
Verfassung gebotene Mittel, um denselben ein-  
Ende zu machen. Ich hätte vorgezogen, den Zeit-  
punkt der Auflösung hinauszuschieben, ich hätte  
besonders gewünscht, daß die Kammer vor ihrem  
Auseinandergehen das Budget für das Jahr 1876  
bitten könnten. Der Monat der Ver-  
tagung, der soeben verflohen ist, hätte dazu dienen  
können, die Gemüther friedlicher zu stimmen  
und ihnen die zur geschäftlichen Berathung  
notwendige Ruhe wiederzugeben. Dies Ergebnis  
ist nicht erreicht worden. Raum war die Ver-  
tagung verhandelt, so protestirten mehr als 300  
Deputirte in dem bekannten Manifest gegen den  
Gebrauch, welchen ich von meinem verfassungsmäßigen  
Rechte gemacht hatte. Dieses Manifest  
wurde in ganz außerordentlicher Weise verbreitet.  
Eine große Zahl von Denjenigen, welche es  
unterzeichnet hatten, schrieben gleichzeitig Briefe  
an ihre Wähler oder hielten Reden in zahlreichen  
Versammlungen. Einige von ihnen bedienten sich  
unter dem Schutze der parlamentarischen Frei-  
heit sogar solcher Ausdrücke, daß die Gerichte  
gegen die Zeitungen, welche diese wiedergaben,  
marschiren mußten. Eine solche Agitation kann  
nicht anhalten, ohne eine tiefe Erregung zu ver-  
ursachen. Denjenigen, welche sich dieser Agitation  
bewußt haben, können es nicht befremdlich finden,  
daß ich sie vor das Land rufe, an das sie sich

selbst gewandt haben. Ich beschränke mich also  
darauf, die Deputirtenkammer anzusprechen, einige  
dringende Gesetze zu beraten, welche der Patrio-  
tismus aller Parteien sicherlich nicht wird in  
Frage stellen wollen. Die alldann unverzüg-  
lich verhängte Auflösung wird ermöglichen,  
daß die neue in den gesetzlichen Fristen ein-  
berufene Deputirtenkammer sich zeitig genug ver-  
einigt, um die Bedürfnisse des nächsten Finanz-  
jahres sicher zu stellen. Ich werde mich mit Ver-  
trauen an die Nation wenden. Frankreich will  
wie ich die volle Kasstrerhaltung der Institu-  
tionen, welche uns regieren. Frankreich will eben-  
so wenig wie ich, daß diese Institutionen entstellt  
werden durch eine Action des Radicalismus.  
Frankreich will auch nicht, daß im Jahre 1880,  
an dem Tage, wo die Verfassungsgesetze werden re-  
vidirt werden können, Alles bereits vorbereitet ist zur  
Auflösung der moralischen und materiellen Kräfte des  
Landes. Frankreich wird, bei Zeiten gewarnt und  
geschützt gegen jedes Mißverständnis und gegen jede  
Hypothese, daß ein ich sicher, meinen Ab-  
sichten Gerechtigkeit widerfahren lassen und wird  
die Mandatäre wählen, welche versprochen wer-  
den, mich zu unterstützen. Sie werden die Not-  
wendigkeit einsehen, unverzüglich über diese wic-  
tige Entscheidung Beschluß zu fassen. — Der Prä-  
sident des Senats erklärte darauf, daß die Bot-  
schaft des Marschall-Präsidenten dem Sittings-  
protokoll einverleibt werden würde. Der Senat  
beschloß sodann, daß der Antrag auf Auflösung  
der Deputirtenkammer an die Bureau verwiesen  
werden soll.

Der Minister des Innern, de Fourton, benach-  
richtigte die Deputirtenkammer, daß der Präsident  
der Republik dem Senat seine Absicht, die Kam-  
mer aufzulösen, mitgeteilt habe.  
Telegramme der „Presse“ aus Bukarest vom  
16. melden: Kaiser Alexander machte gestern  
in Begleitung sämmtlicher Großfürsten dem Fürsten  
Karl von Rumänien in Rottröndent einen Besuch  
und nahm dort auch das Diner ein. — Fürst  
Milan von Serbien hat sich, von dem Minister  
begleitet, heute Vormittag 10 Uhr nach Ploesti  
begeben und kehrt um 2 Uhr Nachmittags von  
dort hier zurück.  
Ein russisches offizielles Telegramm aus Mos-  
kau vom 15. meldet: Auch im Laufe der letzten  
Tage ist Alles gut gegangen. Bei Giorgewo  
und Oltienka haben fast täglich Schammäkel  
mit den Türken stattgefunden, die sich bei Rus-  
schuk und Turtulai befestigen. Wir haben dabei  
keine Verluste gehabt.

## Verein sächsischer Gemeinde-Beamten.

An die Gemeindeorgane der Städte Duxen,  
Hainichen, Hainichen, Werrane, Reichen, Otsch,  
Rohrweil, Wurzen und Jittau ist Namens des  
Vereins sächsischer Gemeindebeamten durch sein  
Directorium nachstehende Dank-Adresse abgefan-  
det worden:

Das ergebnis unterzeichnete Directorium des Vereins  
sächsischer Gemeindebeamten hat es als eine seiner  
wichtigsten Aufgaben anzusehen gehabt, eingehende  
Kenntnis von den durch die Gemeindegesetz vom Jahre  
1873 neu hervorgerufenen Orts-Statuten und Pension-  
Regulationen zu nehmen, um daraus feststellen zu können,  
welche Stellung die Gemeindebeamten nach  
der neuen Ordnung anzuweisen gesonnen sind.

Bei dieser Sichtung ist zu constatiren gewesen, daß  
viele Gemeinden der in § 103 der revidirten Städte-  
ordnung vorgeschriebenen Bestimmung nur nachlässig  
durch Ausführung der Pensionberechtigung des einen  
oder andern ihrer Beamten Gehälte zu leisten gesucht  
haben, während hinwiderum aber auch Gemeinden zu  
verzeichnen gewesen sind, die in wohlwollender Wei-  
se ihren Beamten Pensionberechtigung mit oder  
ohne Steuer zuerkannt haben.

Dagegen sind aus allen den uns zugegangenen Orts-  
statuten nur 2 aus 24 Gemeinden herausgefunden worden,  
die neben Gewährung eines theilweis sehr wohlwollenden  
Pensionregulatives mit großer Rücksicht zugleich auch  
Bezug auf ihr bisheriges Abänderungsrecht nach Be-  
endung einer 10- resp. 25-jährigen Dienstzeit ihrer  
Beamten getroffen haben. Diese 9 Gemeinden reprä-  
sentiren die Städte: Duxen, Hainichen, Hainichen,  
Werrane, Reichen, Otsch, Rohrweil, Wurzen und Jittau.  
Die es nun seiner unsere Aufgabe war, Kenntnis  
von den sehr untereinander abweichenden Orts-Statuten  
und Pension-Regulationen zu nehmen, so ist es heute  
unsere Pflicht, der Stadt . . . . . und ihren beamten-  
ständlichen Vertretern für den unermüdeten Beweis  
außerordentlichen Wohlwollens und Verstandes, welcher  
in Beilegung einer längst ersehnten und erstrebten  
Wohlthat gipfelt, zu danken.

Wir erfüllen diese Pflicht mit wahrer Freude und  
bitragen dem hochverehrten Rathe und den Herren  
Stadtvorordneten von . . . . . Namens des Vereins  
sächsischer Gemeindebeamten unseren aufrichtigsten und  
tiefgefühltesten Dank hierfür dar.

Unsere Kollegen, denen vor vielen Jahren ein Glück  
zu Theil geworden ist, das allein nur ungetheilte  
Arbeitslust und Freudigkeit zum Beruf zu erwecken  
vermag, werden in ihren Fernorten, daß sich wir gewiß  
sich als würdige Träger dieser Wohlthat zeigen.  
Mit der ergebensten Bitte, diesen unsern Dank auch  
den Herren Stadtvorordneten freundlichst vermitteln zu  
wollen, haben wir die Ehre  
mit vorzüglichster Hochachtung zu verharren  
Leipzig, den 13. Juni 1877.

Das Directorium.  
Franz Friedrich,  
Sekr.

## Aus Stadt und Land.

\* Leipzig, 17. Juni. Auf Antrag des Justiz-  
ausschusses beschloß der Bundestag in seiner  
jüngsten Sitzung, dem Kaiser Vorzuschlagen wegen Be-  
setzung der drei neuen Reichsstellen beim Reichs-  
oberhandelsgericht zu machen. Unter den Vor-  
geschlagenen befindet sich der jetzige Staatsanwalt  
bei dem Oberhandelsgericht, Dr. Ombrosol.

\* Leipzig, 17. Juni. Der am heutigen Morgen  
vom Kd. Schmidt'schen Reisebureau abgelassene  
Extrazug nach dem Harz (Wallenstedt-Thale)  
übertraf hinsichtlich zahlreicher Beihilfen alle  
seine Vorgänger, denn es benutzten diesen Zug  
nicht weniger als etwa 1500 Personen. Der von  
diesem Bureau von Halle aus abgelassene  
Extrazug nach dem Harz zählte etwa 500 Theil-  
nehmer.

\* Leipzig, 17. Juni. Bekanntlich hatte vor eini-  
ger Zeit der Buchhändler Alt in Frankfurt a. M.  
mittels Rundschreibens an seine Geschäftsfreunde  
bekannt gemacht, daß er die „Gartenlaube“  
nicht weiter veröffentlichen werde, da dieses Blatt in  
seinen Auffassen das Christenthum verhöhne und  
eine Besserung von demselben nicht zu erwarten  
sei. Der Verleger der „Gartenlaube“, Ernst  
Reil, hatte deshalb gegen Alt Klage erhoben,  
wurde aber in erster Instanz abgewiesen; auf  
den dagegen erhobenen Einspruch kam nun die  
Sache an den Appellhof. Dieser hob das Urteil  
der ersten Instanz auf und erkannte gegen Alt  
auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches eine  
Geldbuße von 50 M. und Ersatz sämmtlicher  
Kosten. Das Urteil führte aus, daß der Inhalt  
des von dem Beschuldigten angegriffenen Artikels  
das darüber gefällte Urteil nicht rechtfertige.  
Es möge sein, daß die Darstellung des Artikels  
eine unrichtige, zum Mindesten eine sehr über-  
triebene sei, immerhin rißte sich derselbe gegen  
gewisse Personen und Kreise und deren Bestre-  
bungen innerhalb der Kirche, nicht gegen das  
Christenthum, dessen Lehre und die evangelische  
Kirche; eine Verhöhnung des Auserkennungsdogma,  
welche der Beschuldigte darin finden zu müssen  
glaubt habe, könne ebensowenig darin gefunden  
werden. Eine Wahrung von Ehrenrechten ist: ne

in dem Circular nicht gefunden werden, und es  
liege auch kein Grund vor, anzunehmen, daß Be-  
klagter nicht die Absicht gehabt habe, zu beleidigen;  
die Strafe sei jedoch nicht auf § 186, sondern  
auf § 185 zu bemessen, da keine Thatfachen,  
welche auf die Absicht, zu verleumden, schließen  
ließen, vorlägen. Als strafmindernd komme in  
Betracht, daß der Beschuldigte sich durch den  
Artikel in seinem Innern tief verletzt gefühlt  
habe, weshalb auf eine Geldbuße von 50 M. zu  
erkennen sei.

Der Leipziger Turnverein (Schreiber-  
straße) hält sein übliches Sommerturnfest  
Sonntag den 1. Juli in den Räumen des Neuen  
Schützenhauses ab. Als turnerische Wettspiele,  
an denen sich Jedermann betheiligen kann, sind  
in Aussicht genommen: Wettlauf (Jugendklasse),  
Wettsprung, Hochweitsprung (Jugendklasse), Wetts-  
hüpfen, Stangenkriechen, Sackhüpfen (Jugend-  
klasse) und Ringkampf. Während der Übungen  
wird ein Militairmusikcorps in den Parkanlagen  
concertiren und soll das Fest, das sich stets der  
besonderen Gunst des Publicums erfreute, mit  
dem unvermeidlichen Ball abschließen.

□ Leipzig, 17. Juni. In Deutschland bestehen  
gegenwärtig Pferde- Eisenbahn - Gesell-  
schaften in Berlin (3), Dresden, Leipzig, Düssel-  
dorf, Stuttgart, München, Karlsruhe, Frankfurt,  
Darmstadt, Elberfeld-Barmen, Danzig, Hamburg,  
Bremen, Wiesbaden; außerhalb Deutschlands in  
Wien, Budapest, Prag, Brünn, Triest, Peters-  
burg, Moskau, Grätz, Antwerpen, Gent, Paris,  
London u. s. w. Kesserdings ist auch in Halle  
und Magdeburg auf Einführung von Pferde-  
bahnen Bedacht genommen und im vorigen Mo-  
nat in Köln a. Rh. die erste Pferdebahnlinie in  
Gegenwart des Oberbürgermeisters Dr. Becker,  
des Polizeipräsidenten v. König und der Bürger-  
meister und Verwaltungsbeamten aller umliegen-  
den Orte, Vertreter der Presse u. s. w. feierlich  
eröffnet worden. Wenn nun auf der einen Seite  
derartige Verkehrsmittele vom Publicum an-  
sichtlich und mit Freuden begrüßt werden,  
so erblickt man von anderer Seite in der Pferde-  
Eisenbahn, die ja früher oder später auch noch in  
eine Straßenbahnlinie umgewandelt werden  
wird, den grimmigsten Todfeind. Wie man in  
den dreißiger Jahren mit der Entwicklung des  
Eisenbahnwesens den Fall zahlloser Existenzen,  
die bis dahin durch das Frachtfuhrwesen, das  
Lohnfuhrer- und Postwesen ihren Lebensunter-  
halt erwarben, bestrahlte und das Schicksal  
haben erwartete, so weiß man auch jetzt in  
manchen Kreisen auf den durch die Entziehung  
der Pferdebahnen herbeigeführten Ruin verschie-  
dener Gewerbe ängstlich hin. So hat jetzt die  
Droschkentaxi-Innung zu Köln an die dorti-  
gen Stadtrathe eine Denkschrift abgegeben lassen,  
in welcher der Weiterentwicklung der Pferdebahn  
baselbst, namentlich in der innern Stadt, entgegen-  
getreten und darauf hingewiesen wird, daß, wenn die  
beabsichtigten Projecte zur Ausführung kämen, Taxen-  
senbe rührt würden. Die Droschkentaxi nennen  
die genehmigte Erweiterung des Pferdebahnenwesens eine  
„Wiltür“, welche die Absichten, die der Concession  
unterlagen, in maßloser Weise erweitert und für  
den Unternehmer ein Monopol schafft, welches  
die Interessen einer großen Anzahl Gewerbe-  
treibender — Droschkentaxi, Stellmacher,  
Schmiede, Sattler — mit Füßen treten und zwar  
lediglich deshalb, um Einen reich und Taxende  
arm zu machen. Es wird ferner noch in dieser  
Eingabe von ungeheuren Ueberschreitungen, will-  
kürlicher Vernichtung früher gefasster Beschlüsse  
des Stadtraths u. gesprochen, die die werthvolle  
Kassafangabe der betreffenden Herren von der  
ganzen Angelegenheit eigenmächtig beleuchtet. Nun,  
jedenfalls wird die dortige Behörde wissen, wie sie